



C/41/14

ORIGINAL: englisch

DATUM: 16. Oktober 2007

INTERNATIONALER VERBAND ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN
GENÈVE

DER RAT

Einundvierzigste ordentliche Tagung
Genf, 25. Oktober 2007

PRÜFUNG DER VEREINBARKEIT DES GESETZES DER REPUBLIK MONTENEGRO
ÜBER DEN SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN MIT DER AKTE VON 1991 DES
UPOV-ÜBEREINKOMMENS

Vom Verbandsbüro erstelltes Dokument

Einleitung

1. Mit Schreiben vom 11. September 2007 an den Generalsekretär der UPOV ersuchte Herr Milutin Simovic, Minister für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft der Republik Montenegro (nachstehend „Montenegro“) um Prüfung der Vereinbarkeit des Gesetzes über den Schutz von Pflanzensorten (nachstehend das „Gesetz“), das vom Parlament am 24. Juli 2007 angenommen wurde, mit der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens (nachstehend die „Akte von 1991“). Das Schreiben ist in Anlage I dieses Dokuments wiedergegeben. Anlage II enthält ein zweites Schreiben von Herrn Simovic sowie eine beglaubigte Übersetzung des Gesetzes ins Englische, die am 12. Oktober 2007 bei der UPOV eingingen.

2. Montenegro hat die Akte von 1991 nicht unterzeichnet. Gemäß Artikel 34 Absatz 2 des Übereinkommens hat Montenegro daher eine Beitrittsurkunde zu hinterlegen, um auf der Grundlage der Akte von 1991 Vertragspartei der UPOV zu werden. Gemäß Artikel 34 Absatz 3 kann eine derartige Urkunde nur dann hinterlegt werden, wenn der betreffende Staat den Rat um Stellungnahme zur Vereinbarkeit seiner Rechtsvorschriften mit den Bestimmungen der Akte von 1991 ersucht hat und die Entscheidung des Rates, in der die Stellungnahme enthalten ist, positiv ausfällt.

Rechtsgrundlage für den Schutz von Pflanzenzüchtungen in Montenegro

3. Der Schutz von Pflanzenzüchtungen wird in Montenegro von dem Gesetz geregelt werden. Eine Analyse des Gesetzes folgt in der Reihenfolge der wesentlichen Rechtsvorschriften der Akte von 1991.

Artikel 1 der Akte von 1991: Begriffsbestimmungen

4. Artikel 2 des Gesetzes enthält Begriffsbestimmungen, die den Begriffsbestimmungen in Artikel 1 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 2 der Akte von 1991: Grundlegende Verpflichtung der Vertragsparteien

5. Artikel 1 Absatz 1 des Gesetzes sieht vor: „Dieses Gesetz regelt die Bedingungen und das Verfahren für den Schutz von Pflanzensorten (nachstehend: Sorten) sowie die Rechte und Verpflichtungen der Züchterrechtsinhaber.“ Dies erfüllt die grundlegende Verpflichtung in Artikel 2 der Akte von 1991.

Artikel 3 der Akte von 1991: Gattungen und Arten, die geschützt werden müssen

6. Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes sieht vor: „Dieses Gesetz ist auf alle Pflanzengattungen und -arten anwendbar.“ Dies ist mit Artikel 3 Absatz 2 Nummer ii der Akte von 1991 vereinbar. Es ist darauf hinzuweisen, daß Montenegro bei der Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde gemäß Artikel 36 Absatz 1 Nummer ii der Akte von 1991 in einer Erklärung amtlich mitteilen muß, daß das Gesetz auf alle Pflanzengattungen und -arten anwendbar ist.

Artikel 4 der Akte von 1991: Inländerbehandlung

7. Artikel 3 des Gesetzes sieht vor: „Was den Sortenschutz in der Republik Montenegro (nachstehend: die Republik) betrifft, haben ausländische juristische und natürliche Personen gleiche Rechte und Verpflichtungen wie Inländer.“ Diese Bestimmung ist mit den Anforderungen des Artikels 4 der Akte von 1991 vereinbar.

Artikel 5 bis 9 der Akte von 1991: Schutzvoraussetzungen; Neuheit; Unterscheidbarkeit; Homogenität; Beständigkeit

8. Die Artikel 5 und 7 bis 10 des Gesetzes enthalten die Schutzvoraussetzungen im Einklang mit den Bestimmungen der Artikel 5 bis 9 der Akte von 1991.

9. Artikel 7 des Gesetzes sieht die Neuheitsvoraussetzung gemäß Artikel 6 Absatz 1 der Akte von 1991 vor.

10. Artikel 57 des Gesetzes sieht eine Übergangsregelung für die Neuheit für „vor kurzem gezüchtete Sorten“ aufgrund des Artikels 6 Absatz 2 der Akte von 1991 vor.

11. Artikel 8 des Gesetzes sieht die Unterscheidbarkeitsvoraussetzung vor. Um Artikel 7 der Akte von 1991 zu erfüllen, wird empfohlen, Artikel 8 Absatz 2 des Gesetzes wie folgt zu ändern:

„~~Inbesondere gilt D~~die Einreichung eines Antrags auf Erteilung eines Züchterrechts oder auf Eintragung einer anderen Sorte in ~~das ein amtliches Sortenregister Register geschützter Sorten~~ gilt in irgendeinem Land als Tatbestand, der diese andere Sorte vom Tag des Antrags an allgemein bekannt macht, sofern dieser Antrag zur Erteilung des Züchterrechts oder zur Eintragung dieser anderen Sorte in das amtliche Sortenregister Register geschützter Sorten führt.“

12. Artikel 9 des Gesetzes sieht die Homogenitätsvoraussetzung gemäß Artikel 8 der Akte von 1991 vor.

13. Artikel 10 des Gesetzes sieht die Beständigkeitsvoraussetzung gemäß Artikel 9 der Akte von 1991 vor.

Artikel 10 der Akte von 1991: Einreichung von Anträgen

14. Die Artikel 15 bis 18 des Gesetzes behandeln die Einreichung von Anträgen. Das Gesetz enthält keine Bestimmungen, die in Widerspruch zu Artikel 10 der Akte von 1991 stehen.

Artikel 11 der Akte von 1991: Priorität

15. Artikel 19 des Gesetzes enthält Bestimmungen über das Prioritätsrecht, die mit Artikel 11 Absätze 1 und 2 der Akte von 1991 vereinbar sind. Es wird empfohlen, in Artikel 19 des Gesetzes die fehlenden Bestimmungen des Artikels 11 Absatz 3 der Akte von 1991 aufzunehmen:

„*[Dokumente und Material]* Dem Züchter steht eine Frist von zwei Jahren nach Ablauf der Prioritätsfrist oder, wenn der erste Antrag zurückgewiesen oder zurückgenommen worden ist, eine angemessene Frist vom Zeitpunkt der Zurückweisung oder Zurücknahme an, zur Verfügung, um der Behörde der Vertragspartei, bei der er den weiteren Antrag eingereicht hat, jede nach den Vorschriften dieser Vertragspartei für die Prüfung nach Artikel 12 erforderliche Auskunft und Unterlage sowie das erforderliche Material vorzulegen.“

Artikel 12 der Akte von 1991: Prüfung des Antrags

16. Die Artikel 16 bis 18 und 20 bis 24 des Gesetzes enthalten Bestimmungen über die Prüfung des Antrags gemäß Artikel 12 der Akte von 1991.

Artikel 13 der Akte von 1991: Vorläufiger Schutz

17. Artikel 31 des Gesetzes enthält Bestimmungen über den vorläufigen Schutz. Um Artikel 13 der Akte von 1991 zu erfüllen, wird empfohlen, Artikel 31 des Gesetzes wie folgt zu ändern:

„In der Zeit von der Einreichung des Antrags auf Erteilung des Sortenschutz bis zur Erteilung des Sortenschutzrechts hat der Inhaber des Züchterrechts Anspruch auf eine

angemessene Vergütung gegen jeden, der in der genannten Zeit ~~die Sorte ohne Erlaubnis des Inhabers des Züchterrechts verwertet hat~~ Handlungen vorgenommen hat, für die nach der Erteilung des Züchterrechts die Zustimmung des Inhabers des Züchterrechts erforderlich ist, wie in Artikel 28 vorgesehen.“

Artikel 14 der Akte von 1991: Inhalt des Züchterrechts

18. Artikel 28 des Gesetzes enthält Bestimmungen über den Inhalt des Züchterrechts. Um Artikel 14 der Akte von 1991 zu erfüllen, wird empfohlen, in Artikel 28 Absätze 3, 4, 5, 6 und 7 des Gesetzes folgende Änderungen vorzunehmen:

„Vorbehaltlich der Artikel 29 und 30 bedürfen folgende Handlungen in bezug auf ~~Die Verwertung von~~ das Vermehrungsmaterial der geschützten Sorte ~~umfaßt den Anspruch auf~~ der Zustimmung des Züchters:

- 1) die Erzeugung oder Vermehrung der geschützten Sorte,
- 2) die Aufbereitung für die Vermehrung der geschützten Sorte,
- 3) das Feilhalten der geschützten Sorte,
- 4) der Verkauf oder ein sonstiger Vertrieb der geschützten Sorte,
- 5) die Ausfuhr oder Einfuhr der geschützten Sorte,
- 6) die Aufbewahrung zu einem der unter den Punkten 1) bis 5) des Absatzes 3 dieses Artikels erwähnten Zwecke.

Vorbehaltlich der Artikel 29 und 30 bedürfen ~~Die~~ in Absatz 3, Punkte 1) bis 6), erwähnten Handlungen in bezug auf Erntegut, einschließlich ganzer Pflanzen und Pflanzenteilen, das durch ungenehmigte Benutzung von Vermehrungsmaterial der geschützten Sorte erzeugt wurde, ~~bedürfen~~ der Zustimmung des Inhabers des Züchterrechts, es sei denn, daß der Inhaber angemessene Gelegenheit hatte, sein Recht mit Bezug auf das genannte Vermehrungsmaterial auszuüben.

Die Zustimmung des Inhabers des Züchterrechts ist auch erforderlich für ~~die Verwertung einer~~ die in den Absätzen 3 und 4 dieses Artikels erwähnten Handlungen in bezug auf eine Sorte:

- 1) die im wesentlichen von der geschützten Sorte abgeleitet ist, sofern die geschützte Sorte selbst keine im wesentlichen abgeleitete Sorte ist,
- 1) die sich nicht von der geschützten Sorte deutlich unterscheiden läßt, und
- 3) deren Erzeugung die fortlaufende Verwendung der geschützten Sorte erfordert.

Eine Sorte wird als im wesentlichen von der Ursprungssorte abgeleitet angesehen, wenn sie

- 1) vorwiegend von der Ursprungssorte oder von einer Sorte, die selbst vorwiegend von der Ursprungssorte abgeleitet ist, unter Beibehaltung der Ausprägung der wesentlichen Merkmale, die sich aus dem Genotyp oder der Kombination von Genotypen der Ursprungssorte ergeben, abgeleitet ist,
- 2) sich von der Ursprungssorte deutlich unterscheidet und,
- 3) abgesehen von den sich aus der Ableitung ergebenden Unterschieden, in der Ausprägung der wesentlichen Merkmale, die

sich aus dem Genotyp oder der Kombination von Genotypen der Ursprungsorte ergeben, der Ursprungsorte entspricht.

Im Sinne der Absätze 5 Punkte 1) und 6) dieses Artikels

- 1) ~~ist eine Ursprungsorte die Sorte, aus der die neue Sorte entwickelt wurde;~~
- 2) ist kann eine im wesentlichen abgeleitete Sorte ~~eine Sorte, die beispielsweise~~ durch die Auslese einer natürlichen oder künstlichen Mutante oder eines somaklonalen Abweichers, die Auslese eines Abweichers in einem Pflanzenbestand der Ursprungsorte, die Rückkreuzung oder die gentechnische Transformation gewonnen ~~wird~~ werden.“

Artikel 15 der Akte von 1991: Ausnahmen von Züchterrecht

19. Artikel 29 des Gesetzes enthält Bestimmungen über die Ausnahmen vom Züchterrecht.
20. Artikel 29 Absatz 1 Unterabsätze 1 und 2 des Gesetzes enthalten Bestimmungen, die mit Artikel 15 Absatz 1 Nummern i und ii der Akte von 1991 vereinbar sind.
21. Um Artikel 15 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991 zu erfüllen, wird empfohlen, Artikel 29 Absatz 1 Unterabsatz 3 des Gesetzes wie folgt zu ändern:

„- Handlungen zum Zwecke der Schaffung anderer Sorten ~~mit Ausnahme der~~ sowie die in Artikel 28 Absätze 3, 4 und § 4 erwähnten Handlungen mit diesen Sorten, es sei denn, daß Artikel 28 Absatz 5 Anwendung findet.“

22. Um Artikel 15 Absatz 2 der Akte von 1991 zu erfüllen, wird empfohlen, Artikel 29 Absatz 2 des Gesetzes wie folgt zu ändern:

„Die Verwaltung kann in angemessenem Rahmen und unter Wahrung der berechtigten Interessen des Züchters das Züchterrecht, mit einer Vergütung, die nicht unter der marktgängigen liegt, in bezug auf jede Sorte einschränken um es den Landwirten zu gestatten, Erntegut, das sie aus dem Anbau einer geschützten Sorte im eigenen Betrieb gewonnen haben, im eigenen Betrieb zum Zwecke der Vermehrung zu verwenden.“

Artikel 16 der Akte von 1991: Erschöpfung des Züchterrechts

23. Artikel 30 des Gesetzes enthält Bestimmungen über die Erschöpfung des Züchterrechts, die mit Artikel 16 der Akte von 1991 vereinbar sind.

Artikel 17 der Akte von 1991: Beschränkungen in der Ausübung des Züchterrechts

24. Die Artikel 37 bis 41 des Gesetzes enthalten Bestimmungen über Zwangslizenzen.
25. Artikel 37 des Gesetzes sieht die Erteilung von Zwangslizenzen aus Gründen des öffentlichen Interesses vor, die mit Artikel 17 Absatz 1 der Akte von 1991 vereinbar sind.

26. Artikel 17 Absatz 2 der Akte von 1991 schreibt vor, daß „der Züchter eine angemessene Vergütung erhält“. Diesbezüglich weist Artikel 39 des Gesetzes auf die Vergütung für Zwangslizenzen hin und legt fest: „Der Inhaber der Zwangslizenz zahlt dem Inhaber des Züchterrechts die in gegenseitigem Einvernehmen festgesetzte Gebühr. Wird keine Einigung über die Höhe und die Zahlungsweise der Gebühr erzielt, wird die Höhe der Gebühr vom zuständigen Gericht unter Berücksichtigung der Umstände jedes einzelnen Falles und des wirtschaftlichen Nutzens der Zwangslizenz festgesetzt.“ Artikel 39 des Gesetzes ist mit Artikel 17 Absatz 2 der Akte von 1991 vereinbar.

Artikel 18 der Akte von 1991: Maßnahmen zur Regelung des Handels

27. Kapitel IX des Gesetzes enthält Bestimmungen über die Kontrolle und Aufsicht, die für den Schutz der Züchterrechte von Belang sind, jedoch auch Bestimmungen über die Maßnahmen zur Regelung des Handels. Es ist anzumerken, daß Artikel 18 der Akte von 1991 folgendes vorsieht:

„Das Züchterrecht ist unabhängig von den Maßnahmen, die eine Vertragspartei zur Regelung der Erzeugung, der Überwachung und des Vertriebs von Material von Sorten in ihrem Hoheitsgebiet sowie der Einfuhr oder Ausfuhr solchen Materials trifft. Derartige Maßnahmen dürfen jedoch die Anwendung dieses Übereinkommens nicht beeinträchtigen.“

28. In Kapitel IX des Gesetzes wird empfohlen klarzustellen, daß die Tätigkeit der Aufsichtsbeamten in bezug auf die Züchterrechte von der Tätigkeit der Aufsichtsbeamten in bezug auf die Regelung des Handels unabhängig sei (Artikel 53 Absätze 3, 4 und 5 und Artikel 54 des Gesetzes).

29. Vorbehaltlich der in Absatz 28 dieses Dokuments erläuterten Empfehlung scheint das Gesetz keine Bestimmungen zu enthalten, die mit Artikel 18 der Akte von 1991 in Widerspruch stehen.

Artikel 19 der Akte von 1991: Dauer des Züchterrechts

30. Artikel 6 des Gesetzes enthält Bestimmungen über die Dauer des Züchterrechts, die Artikel 19 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 20 der Akte von 1991: Sortenbezeichnung

31. Die Artikel 11 bis 14 des Gesetzes enthalten Bestimmungen über Sortenbezeichnungen.

32. Um Artikel 20 Absätze 2 und 7 der Akte von 1991 zu erfüllen, wird empfohlen, Artikel 11 Absätze 4 und 6 des Gesetzes wie folgt zu ändern:

„Eine Sortenbezeichnung darf nicht ausschließlich aus Zahlen bestehen, außer soweit dies eine feststehende Praxis für die Bezeichnung spezifischer Sorten ist. Eine Sortenbezeichnung darf hinsichtlich der Merkmale, des Wertes oder der Identität der Sorte oder der Identität des Züchters nicht irreführen oder Verwechslungen hervorrufen. Eine Sortenbezeichnung muß sich von jeder anderen Sortenbezeichnung unterscheiden,

die im Hoheitsgebiet eines UPOV-Mitglieds-~~Verbandsstaates~~ eine bereits vorhandene Sorte derselben Pflanzenart oder einer verwandten Art kennzeichnet.“

„Die Pflicht zur Benutzung der eingetragenen Sortenbezeichnung erlischt nicht nach Ablauf der in Artikel 6 dieses Gesetzes erwähnten Schutzdauer der Sorte, sofern nicht gemäß den Bestimmungen in Absatz 8 ältere Rechte dieser Benutzung entgegenstehen.“

33. Um Artikel 30 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991 über die Pflicht, Informationen über vorgeschlagene Sortenbezeichnungen zu veröffentlichen und die Bemerkungen der Verbandsmitglieder zu erleichtern (Artikel 20 Absatz 6 der Akte von 1991), zu erfüllen, wird folgende Änderung in Artikel 12 Absatz 3 des Gesetzes empfohlen:

„Beteiligte können innerhalb einer Frist von 30 Tagen vom Tag der Veröffentlichung der vorgeschlagenen Sortenbezeichnung ~~Eintragung in das Antragsregister~~ an Einspruch gegen die vorgeschlagenen Sortenbezeichnungen einlegen.“

34. Um Wiederholungen und Widersprüche zwischen Artikel 11 und Artikel 13 des Gesetzes zu vermeiden, werden folgende Änderungen empfohlen:

„Gründe für die Zurückweisung der vorgeschlagenen Sortenbezeichnung
Artikel 13

Die zuständige Behörde weist eine vorgeschlagene Sortenbezeichnung zurück, wenn

- 1) sie für die Sortenidentifikation nicht geeignet ist;
- 2) ausschließlich aus Zeichen oder Angaben besteht, die zur Angabe der Art, der Qualität, der Menge, des beabsichtigten Zwecks, des Wertes, der geographischen Herkunft oder des Zeitpunkts der Erzeugung einer Sorte dienen können;
- 3) in Widerspruch zu Artikel 11 ~~den Absätzen 3 und 7 dieses Gesetzes~~ steht;
- 4) ~~mit einer Bezeichnung identisch oder dieser sehr ähnlich ist, die bereits eine vorhandene Sorte derselben Pflanzenart oder einer verwandten Art kennzeichnet;~~
- 5) ~~Merkmale angibt, die anderen Sorten derselben Art gemeinsam sind;~~
- 6) ~~angibt, daß die Sorte von einer bekannten oder verwandten Art abgeleitet ist.~~

Verwandte Sorte werden vom Ministerium festgelegt.“

Artikel 21 der Akte von 1991: Nichtigkeit des Züchterrechts

35. Artikel 43 des Gesetzes sieht Bestimmungen über die Nichtigkeit des Züchterrechts vor, die mit Artikel 21 der Akte von 1991 vereinbar sind.

Artikel 22 der Akte von 1991: Aufhebung des Züchterrechts

36. Artikel 44 des Gesetzes sieht Bestimmungen über die Aufhebung des Züchterrechts vor, die mit Artikel 22 der Akte von 1991 vereinbar sind.

Artikel 30 der Akte von 1991: Anwendung des Übereinkommens

37. Hinsichtlich der Verpflichtung „alle für die Anwendung dieses Übereinkommens notwendigen Maßnahmen zu treffen, insbesondere“ „geeignete Rechtsmittel vorzusehen, die eine wirksame Wahrung der Züchterrechte ermöglichen“ (Artikel 30 Absatz 1 Nummer i der Akte von 1991) sieht das Gesetz folgendes vor:

a) Die Artikel 46 bis 51 des Gesetzes beziehen sich auf die verfügbaren zivilrechtlichen Verfahren und Rechtsmittel zur Wahrung der Züchterrechte, und

b) die Artikel 55 und 56 des Gesetzes sehen verwaltungsrechtliche Sanktionen und Geldstrafen in bezug auf die Nichteinhaltung bestimmter vom Gesetz vorgeschriebener Verpflichtungen vor: Pflicht zur Benutzung der Sortenbezeichnung, Bereitstellung von Vermehrungsmaterial und Erhaltung der geschützten Sorte.

38. Artikel 23 Absatz 1 des Gesetzes sieht vor: „Die zuständige Behörde trifft aufgrund der Prüfungsergebnisse eine Entscheidung über den Schutz der Sorte oder die Zurückweisung des Antrags auf Erteilung des Schutzes für die Sorte.“ Das Gesetz ist daher mit der Verpflichtung nach Artikel 30 Absatz 1 Nummer ii der Akte von 1991 vereinbar. Die zuständige Behörde ist dem Landwirtschaftsministerium unterstellt (vergleiche Artikel 8 Absatz 3 des Gesetzes).

39. Artikel 23 Absatz 9 des Gesetzes sieht vor: „Die Angaben über den Sortenschutz, einschließlich der Sortenbezeichnung, und die Angaben über den Züchter, den Rechtsinhaber und deren Hauptsitz oder Domizil werden innerhalb einer Frist von 30 Tagen vom Tag der Eintragung in das Register der geschützten Sorten an im ‚Amtsblatt der Republik Montenegro‘ veröffentlicht.“ Diese Bestimmung erfüllt die Verpflichtung zur Veröffentlichung von Informationen über die Erteilung von Züchterrechten und genehmigte Sortenbezeichnungen gemäß Artikel 30 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991.

40. Artikel 25 des Gesetzes sieht vor: „Beteiligte, die der Ansicht sind, daß der Antragsteller nicht zum Züchterrecht berechtigt ist oder daß er kein Prioritätsrecht hat oder daß die Voraussetzungen für den Sortenschutz nach diesem Gesetz nicht erfüllt sind, können innerhalb einer Frist von 30 Tagen vom Tag der Veröffentlichung der Angaben über die Eintragung an beim Ministerium in bezug auf die Eintragung des Antrags in das Antragsregister oder die Eintragung der Sorte in das Register der geschützten Sorten eine Klage einreichen.“ Diese Bestimmung erfüllt die Verpflichtung zur Veröffentlichung von Informationen über die Anträge auf und Erteilung von Züchterrechten gemäß Artikel 30 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991.

41. Wie in bezug auf die Änderung des Artikels 12 des Gesetzes empfohlen (vergleiche Absatz 33 dieses Dokuments), ermöglicht die Veröffentlichung vorgeschlagener Sortenbezeichnungen, wie von Artikel 30 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991 vorgeschrieben, Einwendungen durch Beteiligte und Bemerkungen durch Verbandsmitglieder (Artikel 20 Absatz 6 der Akte von 1991).

Allgemeine Schlußfolgerung

42. Nach Ansicht des Verbandsbüros enthält das Gesetz die meisten Bestimmungen der Akte von 1991. Nach der Vornahme der empfohlenen Änderungen und der Aufnahme der fehlenden Bestimmungen in das Gesetz (vergleiche Absätze 11, 15, 17, 18, 21, 22, 28, 32, 33 und 34

dieses Dokuments) wird Montenegro in der Lage sein, den Bestimmungen der Akte von 1991 „Wirkung zu verleihen“, wie in deren Artikel 30 Absatz 2 vorgeschrieben.

43. *Der Rat wird ersucht,*

a) die obigen Informationen zur Kenntnis zu nehmen;

b) vorbehaltlich der Aufnahme der zusätzlichen Bestimmungen und Änderungen in das Gesetz, wie in diesem Dokument dargelegt, eine positive Entscheidung über die Vereinbarkeit des Gesetzes der Republik Montenegro über den Schutz von Pflanzenzüchtungen mit den Bestimmungen der Akte von 1991 des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen zu treffen; nach der Aufnahme der zusätzlichen Bestimmungen und Änderungen in das Gesetz zur Zufriedenheit des Verbandsbüros in Abstimmung mit dem Ratspräsidenten kann die Republik Montenegro ihre Urkunde über den Beitritt zur Akte von 1991 hinterlegen;

c) das Verbandsbüro zu ersuchen, die Regierung der Republik Montenegro bei der Abfassung der erforderlichen zusätzlichen Bestimmungen und Änderungen des Gesetzes zu unterstützen, und

d) den Generalsekretär zu ermächtigen, die Regierung der Republik Montenegro von dieser Entscheidung zu unterrichten.

[Anlagen folgen]

ANLAGE I

Schreiben des Ministers für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft
der Republik Montenegro an den Generalsekretär der UPOV

Nr.: 320/07-0202-6399
Podgorica, den 11. September 2007

Herrn
Dr. Kamil Idris
Generalsekretär
Internationaler Verband zum
Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV)
34, chemin des Colombettes
CH-1211 GENÈVE 20

Sehr geehrter Herr Idris,

ich beehre mich hiermit, Ihnen mitzuteilen, daß das Parlament Montenegros am 24. Juli 2007 das Gesetz über den Schutz von Pflanzenzüchtungen angenommen hat.

Montenegro beabsichtigt, dem Internationalen Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen vom 2. Dezember 1961, revidiert in Genf am 10. November 1972, am 23. Oktober 1978 und am 19. März 1991 (UPOV-Übereinkommen), beizutreten.

Im Einklang mit den Bestimmungen von Artikel 34 Absatz 3 des UPOV-Übereinkommens wäre ich dankbar, wenn der Rat der UPOV die Vereinbarkeit des Gesetzes Montenegros mit den Bestimmungen des UPOV-Übereinkommens prüfen würde.

Mit freundlichen Grüßen

Milutin Simovic
Minister

Anlage: Amtliche Übersetzung des Gesetzes über den Schutz von Pflanzenzüchtungen in eine der UPOV-Sprachen (Englisch)

[Anlage II folgt]

ANLAGE II

Schreiben des Ministers für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft
der Republik Montenegro an den Generalsekretär der UPOV

Nr.: 320/07-0202-6399/3
Podgorica, den 12. Oktober 2007

Herrn
Dr. Kamil Idris
Generalsekretär
Internationaler Verband zum
Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV)
34, chemin des Colombettes
CH-1211 GENÈVE 20

Sehr geehrter Herr Idris,

ich nehme Bezug auf das Schreiben von Herrn Rolf Jördens, Stellvertretender Generalsekretär des Internationalen Verbandes zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV), vom 1. Oktober 2007 und übersende in der Anlage dieses Schreibens die Beglaubigung der englischen Übersetzung bestimmter Bestimmungen des „Gesetzes über den Schutz von Pflanzenzüchtungen“ (nachstehend das Gesetz), das vom Parlament der Republik Montenegro am 24. Juli 2007 angenommen wurde.

Mit freundlichen Grüßen

Milutin Simovic
Minister

Anlage: Beglaubigung der Übersetzung des „Gesetzes über den Schutz von Pflanzenzüchtungen“ ins Englische

[nur in Englisch]

OFFICIAL JOURNAL OF THE REPUBLIC OF MONTENEGRO NO. 48/07

On the basis of Article 88 paragraph 2 of the Constitution of the Republic of Montenegro, I hereby issue

THE DECREE
ON PROCLAMATION OF THE LAW ON PROTECTION OF PLANT VARIETIES

The **Law on Protection of Plant Varieties** enacted by the Constituent Assembly of the Republic of Montenegro at the sixth regular session in 2007 on July 24, 2007 is hereby proclaimed.

No. 01-962/2
Podgorica, August 2, 2007.

President of the Republic of Montenegro
Filip Vujanovic, *manu propria*.

LAW ON PROTECTION OF PLANT VARIETIES

I GENERAL PROVISIONS

Scope of the Law

Article 1

This Law governs the terms and the procedure for the protection of plant varieties (hereinafter referred to as: varieties) as well as rights and obligations of the breeder's rights holders.

This Law shall apply to all plant genera and species.

Article 2

For the purposes of this Law the following definitions shall apply:

- 1) **variety** means a plant grouping within a single botanical taxon of the lowest known rank, which grouping, irrespective of whether the conditions for the grant of a breeder's right are fully met, can be defined by the expression of the characteristics resulting from a given genotype or combination of genotypes and is distinguished from any other plant grouping by the expression of at least one of the said characteristics and considered a unit with regard to its suitability for being propagated unchanged;
- 2) **protected variety** means a variety protected in accordance with the provisions of this Law;
- 3) **breeder** means:

- a company, some other legal person, entrepreneur or a natural person (hereinafter referred to as: person) who bred, or discovered and developed a new variety, or
 - the person who is the employer of the aforementioned person from the indent 1 of this item, or who has commissioned the latter's work;
- 4) **breeder's right** means the right of the breeder acknowledged by registration of the protected variety into the Register of Protected Varieties, provided for in this Law;
- 5) **breeder's right holder** means a person who has been granted a breeder's right in accordance with provisions of this Law, or his successor in title or heir;
- 6) **Register of Applications for variety protection** means the register into which duly filed applications for protection of a plant variety are recorded (hereinafter referred to as: Register of Applications);
- 7) **Register of Protected Varieties** means a register into which protected varieties are recorded;
- 8) **UPOV** means the international Union for the Protection of New Varieties of Plants.

Foreign Persons' Rights

Article 3

As regards variety protection in the Republic of Montenegro (hereinafter referred to as: the Republic) the foreign legal and natural persons shall have the same rights and obligations as its nationals.

Article 4

In a procedure before the competent authority a foreign legal and natural person shall be represented by a local representative.

II VARIETY PROTECTION

1. CONDITIONS AND PERIOD

Conditions

Article 5

A variety shall be protected in accordance with this Law provided that it is new, distinct, uniform, stable and meets the conditions for granting it a protected variety denomination.

Period of protection

Article 6

The period of protection of a variety shall expire after twenty years, and in the case of trees and vines it shall expire twenty five years from the day of the grant of the breeder's right.

2. NEW VARIETY

Article 7

A variety shall be considered new if, at the date of filing of the application for a variety protection, the propagating or harvested material of the variety has not been sold or otherwise disposed of to others, by or with the consent of the breeder, for the purpose of exploitation of the variety in the Republic for the period longer than one year or in a territory other than the Republic for the period longer than four years or, in the case of trees and vines, longer than six years from the said date.

The variety referred to in the paragraph 1 of this Article shall also be considered new in cases when it is placed on the market in one of the following ways:

- 1) By a contract on the transfer of the breeder's right;
- 2) By a contract on the basis of which the propagating material of the variety is multiplied on behalf of the holder of the breeder's right, provided that the propagating material multiplied is returned to the holder of the breeder's right and that the propagating material multiplied is not used for production of another variety;
- 3) By a contract on the basis of which researches are made in the experimental field and in laboratories, for the purpose of variety evaluation.

3. DISTINCTNESS

Article 8

The variety shall be deemed to be distinct if it is clearly distinguishable from any other variety whose existence is a matter of common knowledge at the time of the filing of the application.

The filing of an application for granting of a breeder's right or for entering of another variety into the register of protected varieties, in any country, shall be deemed to render that other variety a matter of common knowledge from the date of the application, provided that the application leads to granting of a breeder's right or to the entering of the said other variety into the Register of protected varieties, as the case may be.

The methods for checking the distinctness of a variety shall be laid down by the Ministry in charge of agriculture (hereinafter referred to as: Ministry).

4. UNIFORMITY

Article 9

The variety shall be deemed to be uniform if, subject to the variation that may be expected from the particular features of its propagation, it is sufficiently uniform in its relevant characteristics.

The methods for checking the uniformity of a variety shall be laid down by the Ministry.

5. STABILITY

Article 10

The variety shall be deemed to be stable if its relevant characteristics remain unchanged after repeated propagation or, in the case of a particular cycle of propagation, at the end of each such cycle.

The methods for checking the stability of a variety shall be laid down by the Ministry.

6. VARIETY DENOMINATION

Variety

Article 11

The variety denomination may be a word, a combination of words, a combination of words and numbers or a combination of letters and numbers, meaningful or meaningless, provided that the designation enables the variety to be identified.

Where a variety denomination has already been used in the Republic or some other country or where an application is filed or the denomination already registered in the Republic or some other country, only the variety denomination which has been proposed may be used in the protection procedure before the competent authority.

Where a variety denomination proposed is inappropriate for use in the Republic and use of a synonym is necessary, that synonym shall be registered in the Register of Applications and the Register of Protected Varieties.

A variety denomination may not consist solely of figures unless this is an established practice for designating specific varieties. A variety denomination may not mislead or cause confusion concerning the characteristics, value or identity of the breeder. A variety denomination shall be different from any other denomination used on the territory of UPOV Member States for designation of existing variety of the same plant species or a closely related species.

Any person who markets or advertises the propagating material of a variety protected shall use the registered variety denomination.

The obligation on use of the registered variety denomination shall not expire even after the expiration of the period of variety protection referred to under the Article 6 of this Law.

When a variety is marketed or advertised, a trademark, trade name or other similar indication may be associated with the registered variety denomination, provided that the variety denomination is easily recognizable.

Where use of a variety denomination is forbidden to a person who is bound to use it, for reasons of any of the prior rights of a third person, the competent authority in charge of plant variety protection (hereinafter referred to as: competent authority) shall request from the breeder to propose another variety denomination.

Denomination Proposal

Article 12

The applicant shall propose a variety denomination in his application.

The applicant may temporarily, not longer than 30 days from the day of filing the application, postpone the proposal of a denomination. In case the applicant failed to submit the proposal in due time, the competent authority shall reject the application.

An interested person may, within the period of 30 days from the date of entry in the Registry of Applications, file an objection to the proposed denomination.

The competent authority shall notify the applicant of the objection referred to under the paragraph 3 of this Article and invite him to submit a reply to the objection within the period of 30 days from the day of the receipt of the notification.

In his reply to the objection, the applicant may propose a new denomination for the variety.

In case the denomination proposed does not comply with this Law, the competent authority shall order the applicant to file a proposal for a new denomination of the variety within the period of 30 days from the day of the receipt of the notification.

In case the applicant failed to submit the proposal of the new denomination within the prescribed period of time, the competent authority shall reject the application.

The variety denomination is granted by the competent authority in the decision on variety protection.

Reasons for rejection of the denomination proposed

Article 13

The competent authority shall reject the proposal of a variety denomination which:

- 1) is inappropriate for a variety identification;
- 2) consists solely of signs or indications that may serve for indication of a variety, kind, quality, quantity, intended objective, value geographic origin or time of production;
- 3) is contrary to Article 11 paragraphs 3 and 7 of this Law;
- 4) is identical or very similar to a denomination that already designates an existing variety of the same or closely related species;
- 5) indicates features in common to other varieties of the same species;
- 6) indicates that the variety is derived from a renowned or related species.

Closely related plant species are laid down by the Ministry.

Denomination cancellation

Article 14

The competent authority shall cancel a variety denomination under the circumstances stated under the Article 13 paragraph 1 of this Law, or on the basis of a court decision prohibiting the use of the denomination.

The competent authority shall issue a notification on cancellation of the variety denomination and invite the holder of the breeder's right to propose a new denomination within the period of 30 days from the day of receipt of the notification.

III VARIETY PROTECTION PROCEDURE

1. APPLICATION

Article 15

The procedure for protection of a variety is initiated on the basis of an application filed to the competent authority by the breeder or his representative.

The form and contents of the application stated under the paragraph 1 of this Article is laid down by the Ministry.

Additional information

Article 16

Together with the application referred to under the Article 15 paragraph 1 of this Law, information on the process of variety development and samples of propagating material are to be supplied for the examination purposes.

The contents and method of submission of the information and samples referred to under the paragraph 1 of this Article shall be laid down by the Ministry.

The samples of propagating material of a variety that has not been entered into the Register of Varieties may be imported for the examination purposes as well as for keeping them for the variety protection procedure purposes.

Examination of the application

Article 17

The competent authority shall examine whether the application is appropriate, i.e. whether it meets the requirements as laid down by this law.

Where it establishes that the application is not appropriate, the competent authority shall, stating the reasons for it, invite the applicant to solve the deficiencies identified within the period of 15 days from the day of receipt of the notification.

In case the applicant failed to solve the deficiencies within the period of time referred to under the paragraph 2 of this Article, the application shall be rejected.

Entry into the Register of Applications

Article 18

Where it is established that the application meets the requirements, the competent authority shall register it into the Register of Applications.

The contents of the Register of Applications shall be laid down by the Ministry.

The Register of Applications shall be kept by the competent authority.

2. RIGHT OF PRIORITY

Article 19

Any breeder who has duly filed an application for the protection of a variety with the competent authority of another UPOV member for the grant of a breeder's right shall enjoy a right of priority for a period of twelve months from the day of filing the application.

In case two or more breeders have, independently, bred, discovered and developed a new variety, the right of priority shall be enjoyed by the breeder who was the first to file an application for the variety protection to the competent authority.

In order to avail himself of the right of priority, the breeder shall furnish the competent authority with the evidence on the priority date within a period of 90 days.

In case the competent authority accepts the evidence on the priority date, the application shall be deemed as filed on the priority day.

3. VARIETY EXAMINATION

Examination

Article 20

Variety examination for the purpose of determining whether it fulfils the requirements for protection of the variety is done in the experimental field and in the laboratory, in compliance with the Law.

The applicant shall supply the competent authority with a quantity of propagating material of the variety which is adequate for the examination.

Where the applicant fails to supply the adequate quantity of the propagating material, the application shall be rejected.

Examiner

Article 21

Examination of a variety in the experimental field or laboratory may be carried out by a legal person that meets the requirements for carrying out such examination in terms of human resources, facilities and equipment (hereinafter referred to as: examiner).

Requirements that need to be met by the examiner shall be laid down by the Ministry.

Compliance with requirements referred to under the paragraph 2 of this Article shall be laid down by the competent authority.

Processing examination results

Article 22

The competent authority shall conclude the contract with the examiner on the basis of public announcement procedure.

The competent authority shall process the results obtained in the experimental field and laboratory.

Processing of results referred to under the paragraph 2 of this Article shall be done in line with methods laid down by the Ministry.

4. DECISION ON VARIETY PROTECTION AND GRANT OF BREEDER'S RIGHT

Article 23

Based on examination results, the competent authority shall issue a decision on protection of the variety or rejection of the application for the protection of the variety, as appropriate.

Based on the decision on protection of the variety, the variety shall be registered into the Register of Protected Varieties.

The applicant is entitled to appeal to the Ministry against the decision on rejection of the variety protection.

In the appeal procedure, the examination of the variety in the examination field and the laboratory for the purpose of the supervision shall be conferred to another examiner.

When the supervision results confirm that the variety meets the requirement for protection and entry into the Register of Protected Varieties, the supervision costs shall be borne by the examiner who initially presented the examination results.

When the supervision results confirm the initial examination results, the supervision costs shall be borne by the plaintiff.

The contents of the Register of Protected Varieties shall be laid down by the Ministry.

The Register of Protected Varieties shall be kept by the competent authority.

The data on the variety protection, including the variety denomination and data on the breeder, the holder of the right and their head office or domicile, as appropriate, shall be published in the "Official Journal of the Republic of Montenegro", within the period of 30 days from the day of entry in the Register of Protected Varieties.

Data availability and confidentiality

Article 24

Any interested person may peruse the following:

- 1) the Register of Application for variety protection;
- 2) the results of variety examination in the protection procedure;
- 3) the Register of Protected Varieties.

When a variety production requires repeated use of another variety (component), the applicant may request in his application confidentiality of the documents and results of component examination.

5. APPEAL

Right of appeal

Article 25

Any interested person who deems that the applicant is not entitled to the breeder's right or that he does not have the right of priority or that conditions for protection of a variety under this Law have not been complied with, may lodge a complaint to the Ministry with respect to the entry of the application into the Register of Application or to the entry of the variety into the Register of Protected Varieties within the period of 30 days from the day of publicizing the data on the entry.

The complaint shall be lodged in writing, together with appropriate evidence.

The complaint referred to under the paragraph 1 of this Article shall be forwarded to the applicant or holder of the right, together with an invitation to provide a reply to the complaint within the period of 15 days from the date of the receipt of the complaint.

Decision on complaint to the entry into the Register of Applications

Article 26

When the applicant fails to present a reply to the complaint within the period prescribed, the application shall be deemed withdrawn.

When the applicant presents a reply to the complaint and demands the decision on his application, with or without amendments, the decision on the application and the complaint shall be made concurrently.

Opposition to registration in the Register of Protected Varieties

Article 27

The opposition to registration in the Register of Protected Varieties may be submitted by a person who is of the opinion that the variety is not new, distinct, uniform or stable.

The opposition stated under the paragraph 1 of this Article shall be submitted to the Ministry.

Additional examination of the variety may be ordered in the opposition procedure in order to verify the statements of the opposition.

At the request of the body making decision on the opposition, the person who submitted opposition shall present, within the period of 15 days, the additional information and documents that the opposition is based on or reproduction material necessary for examination.

When the person who submitted the opposition fails to act in compliance with the paragraph 3 of this Article, the opposition shall be rejected.

Based on results of the procedure undertaken as regards the opposition submitted, the opposition may be either upheld, thus cancelling the entry into the Register of Protected Varieties, or dismissed.

IV THE RIGHTS AND OBLIGATIONS OF THE BREEDER

1. RIGHTS

Scope of the breeder's right

Article 28

The holder of the breeder's rights shall be entitled to indication of his name and the denomination in acts, registers, documents and publications.

The propagating material of a protected variety shall be used only with authorization of the holder of the breeder's right, who sets the conditions for granting the authorization.

The use of the propagating material of a protected variety includes entitlement to:

- 1) Production or reproduction (multiplication) of the variety protected;
- 2) Conditioning for the purpose of propagation of the protected variety;
- 3) Offering the protected variety for sale;
- 4) Marketing of the protected variety;
- 5) Exporting or importing of the protected variety;
- 6) Stocking for any of the purposes referred to in items 1 to 5 of the paragraph 3 of this Article.

Acts referred to in the paragraph 3 items 1) to 6) of this Article, in respect of the harvested material, including whole plants and parts of plants obtained through the unauthorized use of the propagating material of the protected variety shall require authorization of the holder of the breeder's right, unless the holder has had reasonable opportunity to exercise his right in relation to the propagating material concerned.

The authorization of the holder of the breeder's right is also required for use of a variety:

- 1) Which is essentially derived from the protected variety where the protected variety is not in itself an essentially derived variety;
- 2) Which is not clearly distinguishable from the protected variety; and
- 3) Whose production requires the repeated use of the protected variety.

A variety shall be deemed to be derived from the initial variety when:

- 1) It is predominantly derived from the initial variety, or from a variety that is itself predominantly derived from the initial variety, while retaining the essential characteristics resulting from the genotype or a combination of genotypes of the initial variety;
- 2) It is clearly distinguishable from the initial variety; and
- 3) With the exception of the differences resulting from the act of derivation, it conforms to the initial variety in the expression of the essential characteristics that result from the genotype or a combination of genotypes of the initial variety.

For the purpose of paragraphs 5 and 6 of this Article:

- 1) An initial variety is the variety that the new variety was developed from;
- 2) An essentially derived variety is a variety obtained by selection of a natural or induced mutant, or of a somaclonal variant, the selection of a variant individual from plants of the initial variety, backcrossing or transformation by genetic engineering.

Exceptions to the breeder's right

Article 29

Authorization of the holder of the breeder's right is not required for the acts undertaken for:

- Personal use and for non-commercial purposes;
- Experimental purposes;
- For the purpose of breeding other varieties, with the exception of acts referred to in the Article 28 paragraphs 3, 4 and 5 of this Law.

The administration may, taking into account the need for safeguarding the breeder's rights, restrict the breeder's right, with remuneration that shall not be lower than the market one, in relation to any variety in order to permit farmers to use the harvested material obtained from the protected variety in their own holdings for propagation purposes.

Exhaustion of the breeder's right

Article 30

The breeder's right shall not extend to propagating material of any protected variety, the harvested material, including whole plants or plant parts, and any product obtained from harvested material (hereinafter referred to as: material) marketed by the holder of the breeder's right or with his consent, on the territory of the Republic, unless for the purpose of further propagation of the variety concerned, or exporting the material of the variety into a country that does not protect varieties of the plant genus or species to which the variety belongs, except where the material is exported for the purpose of final consumption.

Provisional protection

Article 31

During the period between filing the application for the grant of the variety protection and the granting of the right on the variety protection, the holder of the breeder's right shall be entitled to equitable compensation from any person who, during the period concerned, used the variety without the authority of the holder of the breeder's right.

Several breeders, breeder and employer

Article 32

When two or more persons jointly bred or discovered and developed a variety, they shall have equal rights to protection. The rights and obligations of such persons may be regulated by a contract.

When a variety is bred, discovered and developed during the employment, the rights of the employee who bred, discovered and developed the variety concerned and the rights of the employer shall be laid down by this Law, general regulations and a contract between the employer and the employee or their representatives.

2. OBLIGATIONS

Maintenance of the protected variety

Article 33

The holder of the breeder's right shall, throughout the period for which the right is exercisable, be under the obligation to maintain the protected variety or its hereditary components in an unchanged form.

Monitoring of variety maintenance

Article 34

The competent authority ensures whether the holder of the breeder's right maintains the protected variety or its hereditary components in an unchanged form throughout the period for which the right is exercisable.

If the competent authority establishes that the holder of the breeder's right has failed to maintain the variety, it shall make a decision on cancellation of the breeder's right.

Providing variety samples

Article 35

At the request of the competent authority, the holder of a breeder's right shall be under an obligation to make available appropriate quantity of samples of the propagating material or hereditary components of the protected variety for the purpose of establishing or renewing the variety sample or comparative examination for the purpose of protection of other varieties.

At the request of the competent authority, the holder of the breeder's right is under the obligation to maintain or keep the variety sample.

V LICENCES

Transfer of the breeder's right

Article 36

A holder of the breeder's right may transfer his right to a protected variety, in entirety or partially, to another person (hereinafter referred to as: licence).

The licence is transferred by a contract on licence that shall be in writing and include: the scope of right, the period of time for which the right is transferred and the fee for use of the right, if contracted.

The holder of the breeder's right shall be under obligation to present the contract on the licence to the competent authority for the purpose of entry into the Register of Protected Varieties.

Compulsory licence

Article 37

When the holder of the breeder's right refuses to transfer his right of economic use of the variety protected to other persons, or when he sets unjustified conditions for such transfer, the competent authority may grant the compulsory licence, provided that the use is of public interest for development of plant production, for protection and development of the environment or for a specific economic branch.

Prior to filing the request referred to under the paragraph 1 of this Article, the interested person shall have to provide evidence on his attempt to obtain the authorization from the holder of the breeder's right for use of the variety protected under reasonable economic conditions and that the authorization was not granted to him within the reasonable period of time.

The compulsory licence referred to under the paragraph 1 of this Article shall be granted only to the interested person that proves its capability and capacity required for economic use of the protected plant variety.

Deadline for requesting the compulsory licence

Article 38

The request for grant of the compulsory licence may not be filed earlier than four years from the date of filling the application, or three years from the date of grant of the breeder's right, whichever expires later.

The compulsory licence shall not be granted if the holder of the breeder's right proves there are reasons justifying his refusal to grant the authorization for use of the protected variety or conditions for use.

The fee for compulsory licence

Article 39

The holder of the compulsory licence shall pay the holder of the breeder's right the fee set by mutual consent. In absence of the consent on the amount and method of paying the fee, the amount of the fee shall be set by the competent court of law, taking into account the circumstances of each individual case and the economic value of the compulsory licence.

Scope and duration of the compulsory licence

Article 40

The scope and the duration of the compulsory licence shall be limited to the purpose it was granted for.

The compulsory licence may not be preclusive.

The compulsory licence may be transferred only together with the company or part of the company in which it is used, as appropriate.

The compulsory licence shall be granted primarily for the purposes of supplying the domestic market.

The compulsory licence may be terminated if and when the circumstances resulting in it cease to exist and when it is unlikely that they will reoccur. Upon the substantiated grounded request, the competent authority shall review the existence of such circumstances.

The compulsory licence may also be terminated when the competent authority establishes that the person to whom it was granted fails to meet the conditions under which it was granted.

Obligation of supply of propagating material

Article 41

At the request of the competent authority, the holder of the breeder's right shall be bound to supply the person to whom the compulsory licence was granted the quantity of propagating material necessary for use of the compulsory licence, at an appropriate remuneration.

VI TERMINATION OF BREEDER'S RIGHT

Reasons for termination of breeder's right

Article 42

The breeder's right shall terminate before the term referred to under the Article 6 of this Law when:

- 1) The holder of the breeder's right presents to the competent authority the written renouncement of the breeder's right, on the date specified in the renouncement, or the date of the receipt of the renouncement;
- 2) The holder of the breeder's right dies or ceases to exist without a heir or successor in rights, on the date of death or cessation;
- 3) The annual costs of variety protection have not been paid on the due date.

The decision on termination of the breeder's right is made by the competent authority which enters it into the Register of Protected Varieties.

Nullity

Article 43

The competent authority may declare null and void the decision on protection of the variety throughout the period of protection, *ex officio* or at the proposal of an interested person when:

- 1) It is established that the variety was not new or not distinct at the time of the grant of the breeder's right;
- 2) It is established that the decision on granting the breeder's right has been essentially based upon information and documents furnished by the applicant, while conditions of stability and uniformity were not complied with at the time of the grant of the breeder's right;
- 3) The breeder's right has been granted to a person who is not entitled to it, unless transferred to the person who is so entitled.

The decision referred to under the paragraph 1 of this Article shall be entered into the Register of Protected Varieties.

After the decision referred to under the paragraph 1 of this Article becomes final, the competent authority shall delete the variety from the Register of the Protected Varieties.

A complaint to the decision referred to under the paragraph 1 of this Article may be lodged to the Ministry.

Cancellation of the decision

Article 44

The competent authority shall cancel the decision on protection of the variety when:

- 1) It is established that the variety is no longer uniform or stable;
- 2) The holder of the breeder's right fails to furnish the competent authority with information, documents or material deemed necessary for verification of the variety maintenance;
- 3) The holder of the breeder's right fails to propose another denomination for the variety when the variety denomination has been cancelled after the grant of the right;
- 4) The breeder fails to pay the fee for maintenance of the breeder's right.

The decision referred to under the paragraph 1 of this Article shall be entered into the Register of Protected Varieties.

After the decision referred to under the paragraph 1 of this Article becomes final, the competent authority shall delete the variety from the Register of the Protected Varieties.

VII COSTS

Article 45

The costs of variety examination in the examination field and the laboratory and annual costs of variety protection shall be borne by the applicant or the holder of the breeder's right, as appropriate.

The amount of the costs referred to under the paragraph 1 of this Article shall be laid down by the Ministry.

VIII CIVIL LAW PROTECTION

Article 46

The holder of the breeder's right or his successor in title or heir may bring an action against the person infringing his right through actions referred to under the Article 28 paragraph 2, 3 and 4 of this Law without authorization, and request:

- 1) Ascertaining of infringement of the breeder's right;
- 2) Prohibition of actions infringing the breeder's right;
- 3) Damages for the damage done through infringement of the breeder's right, including the actual damage, lost profit and just expenditures incurred by legal representation in legal proceedings;
- 4) Publicising of the court decision at the expense of the respondent;
- 5) Forfeiture or destruction, without compensation, the items and equipment prevalingly used for infringement of the breeder's right;
- 6) Forfeiture or destruction, without compensation, the products produced in the course of infringement of the breeder's right.

General regulations on damages shall be applied to issues related to compensation of the damage done by infringement of the breeder's right which have not been addressed by this law.

When infringement of the breeder's right is done wilfully or because of extreme negligence, the plaintiff may, instead of the amount of damages referred to under the paragraph 1 item 3 of this Article, request damages of triple amount of the fee for legal use of the breeder's right.

Statute of limitations

Article 47

The action referred to under the 46 paragraph 1 of this Law may be submitted within the period of three years from the day the plaintiff received knowledge on the infringement and the offender, but no later than five years from the day when the infringement was committed.

The proceedings in action brought for infringement of the breeder's right shall be urgent.

Relief

Article 48

Upon request of the holder of the breeder's right who makes probable the current or future infringement of his right, the court of law may order the relief by way of dispossession or suspension from free circulation of items used in the infringement or the prohibition the continuation of activities undertaken which might lead to infringement.

Securing evidence

Article 49

At the request of the holder of the breeder's right who makes probable the current or future infringement of his right, or the risk of occurrence of irreparable damage and when there is a reasonable doubt that evidence on that shall be destroyed or that providing them would not be possible in due course, the court of law may order the measure of securing the evidence without prior notification to or hearing of the person from whom the evidence is collected.

Securing the evidence in terms of the paragraph 1 of this Article means control of premises, records, documents, databases and other, as well as seizure of documents and products produced by infringement of the breeder's right and hearing witnesses and experts.

The court decision on securing evidence shall be handed to the person from whom the evidence is collected at the moment of evidence collected and in case of his absence, as soon as possible.

Proposal for relief

Article 50

Relief referred to under the Articles 48 and 49 of this Law may be requested even before bringing an action.

In the case stated under the paragraph 1 of this Article, the decision on the relief shall also set the deadline within which the action shall have to be brought, which period of time shall not be longer than 30 days from the day of implementation of the relief.

The appeal against the court decision on relief shall not defer enforcing of the decision.

Respondent's obligation to present information

Article 51

The court of law may order the respondent to provide information on third persons related to the infringement or to furnish documents related to the infringement.

The person failing to meet the obligation stated under the paragraph 1 of this Article liable for the resulting damage.

IX INSPECTION AND SURVEILLANCE

Article 52

Inspection and surveillance over the enforcement of this Law shall be done by the competent authority through a phytosanitary inspector, in compliance with the Law.

1. Authority of a phytosanitary inspector

Article 53

A phytosanitary inspector performs inspection and surveillance particularly in regard to:

- 1) Examination of distinctness, stability or uniformity of varieties in the experimental field or laboratory of the examiner;
- 2) Examiner's compliance with the conditions for examination of varieties in the experimental field or laboratory;
- 3) Production and marketing of propagating material of varieties protected under the provisions of this Law;
- 4) Imports and exports of propagating material of varieties protected;
- 5) Exercising the licence rights;
- 6) Use of the protected variety denomination;
- 7) Sampling of propagating material, free of charge, for the purpose of establishing the compliance with the conditions as laid down by this Law.

2. Administrative measures and actions

Article 54

In cases when breach of law or other regulation is established, a phytosanitary inspector shall, in addition to administrative measures and actions laid down by the law governing the inspection and surveillance, undertake the following administrative measures and actions:

- 1) Prohibit placing on the market, import or export of propagating material of varieties if it is established that the propagating material fails to meet the conditions as laid down by this Law;
- 2) Prohibit the examiner the examination of varieties in the experimental field or in the laboratory in case of failing to remove the deficiencies as regards conditions laid down by this Law.

X PENAL PROVISIONS

Article 55

A fine ranging from 200 to 300 minimum wages in the Republic shall be imposed on an organ, company or other legal person or entrepreneur in case of:

- 1) Using the variety denomination not granted by the decision of the competent authority (Article 12 paragraph 8);
- 2) Using the variety denomination identical or very similar to the denomination that already designates an existing variety of the same or closely related plant species as well as in case that the protected variety denomination has a special significance as regards the variety (Article 13);
- 3) Failing to maintain the protected variety or its hereditary components in an unchanged form throughout the period of the variety protection (Article 33).

A fine of 20 minimal wages shall also be imposed on the person in charge of the legal person for the offence referred to under the paragraph 1 of this Article.

A fine ranging from 15 to 20 minimal wages in the Republic shall be imposed on the natural person for the offence referred to under the paragraph 1 of this Article.

For the offence referred to under the paragraph 1 of this Article, in addition to the fine, a protective measure of prohibition of work ranging from one to six months may be imposed on the company, other legal person or entrepreneur.

Article 56

A fine ranging from 150 to 200 minimum wages in the Republic shall be imposed on an organ, company or other legal person or entrepreneur when:

- 1) At the request of the competent authority it fails to supply the adequate quantity of propagating material or hereditary components of the protected variety for the purpose of establishing or renewing the variety sample or for the purpose of comparative examination for the purpose of protection of other varieties or when it fails to maintain or keep the sample for the needs of the competent authority (Article 35);
- 2) Failing to present to the competent authority the contract on licence for the purpose of entry in the Register of Protected Varieties (Article 36 paragraph 3);
- 3) At the request of the competent authority fails to supply to the person to whom the compulsory licence was granted the appropriate quantity of propagating material necessary for use of the compulsory licence (Article 41).

For the offence referred to under the paragraph 1 of this Article a fine ranging from 15 to 20 minimum wages in the Republic shall be imposed the natural person and the person in charge of the legal person.

XI TRANSITIONAL AND FINAL PROVISIONS

Protection of renowned varieties

Article 57

Notwithstanding the Article 7 of this Law, the competent authority may grant the breeder's right for the variety that is not new on the day this Law enters into force when:

- 1) The application has been filed no later than 12 months from the day this Law entered into force; and
- 2) The variety is:
 - Registered in the appropriate variety register acknowledging the competent authority;
 - The subject of the breeder's right in a UPOV member state, or the subject of the application in a UPOV member state, in case that application leads to grant of the breeder's right; or
 - The subject of the evidence on the date when the variety ceased to be new in line with the provision of the Article 7 of this Law, that the competent authority finds acceptable.

Duration of the breeder's right granted in line with the provision of the paragraph 1 of this Article starts with the date of:

- Registration referred to under the paragraph 1 item 2 line 1 of this Article;
- Grant of the breeder's right referred to under the paragraph 1 item 2 line 2 of this Article; or
- When the variety ceased to be new in line with the provision referred to under the paragraph 1 item 2 line 3 of this Article.

When relevant to the decision of the competent authority, the earliest of the dates stated under the paragraph 2 of this Article shall be taken.

When the breeder's right is granted in line with the provision of the paragraph 1 of this Article, the holder of the right is under obligation to yield the licence under reasonable terms in order to provide for conscientious use of the variety that the third person began in good faith prior to filing the application for the grant of the right in line with the provision of the paragraph 1 of this Article.

Article 58

Bylaws for implementation of this Law shall be adopted within the period of one year from the day this Law enters into force.

Pending the adoption of the regulations based on the authority of this Law the regulations adopted on the basis of the Law on Protection of Varieties of Agricultural and Forest Plants (Official Journal of FRY, No. 12/98, 28/ 2000, 37/02) provided that it is not in the defiance of this Law.

Article 59

On the day this Law enters into force, the Law on Protection of Varieties of Agricultural and Forest Plants (Official Journal of FRY, No. 12/98, 28/ 2000, 37/02) shall be repealed.

Entering into force

Article 60

This Law shall enter into force on the day of its publishing in the Official Journal of the Republic of Montenegro.

[Ende der Anlage II und des Dokuments]